



**BILFINGER**

**BILFINGER SE**

**Mannheim**

- ISIN DE0005909006 -

- Wertpapier-Kenn-Nr. 590 900 -

**Erläuterung der Rechte der Aktionäre  
nach Art. 56 SE-VO, § 50 Abs. 2 SEAG i.V.m. §§ 122 Abs. 2, 126 Abs. 1, 127 und  
131 Abs. 1 AktG**

**1 Tagesordnungsergänzungsverlangen gemäß Art. 56 SE-VO, § 50 Abs. 2 SEAG  
und § 122 Abs. 2 AktG**

Gemäß Art. 56 SE-VO (*Verordnung (EG) Nr. 2157/2001 des Rates vom 8. Oktober 2001 über das Statut der Europäischen Gesellschaft (SE) – SE-VO*), § 50 Abs. 2 SEAG (*SE-Ausführungsgesetz – SEAG*) und § 122 Abs. 2 AktG (*Aktiengesetz – AktG*) können Aktionäre, deren Anteile mindestens 5 % des Grundkapitals oder den anteiligen Betrag von Euro 500.000,00 erreichen, verlangen, dass Gegenstände auf die Tagesordnung gesetzt und bekanntgemacht werden. Da der anteilige Betrag von Euro 500.000,00 bei der Bilfinger SE niedriger ist als 5 % des Grundkapitals, genügt für ein Tagesordnungsergänzungsverlangen das Erreichen des anteiligen Betrags von Euro 500.000,00. Dieser Betrag entspricht 166.667 Aktien der Gesellschaft.

Das Verlangen ist schriftlich an den Vorstand zu richten und muss der Gesellschaft mindestens 30 Tage vor der Hauptversammlung, d.h. bis spätestens 14. April 2018 (24.00 Uhr MESZ) zugehen. Wir bitten, entsprechendes Verlangen an folgende Adresse zu richten:

Bilfinger SE  
Vorstand  
Carl-Reiß-Platz 1-5  
68165 Mannheim

Bekanntzumachende Ergänzungen der Tagesordnung werden, soweit sie nicht bereits mit der Einberufung bekanntgemacht wurden, unverzüglich nach Zugang des Verlangens im Bundesanzeiger bekannt gemacht und solchen Medien zur Veröffentlichung zugeleitet, bei denen davon ausgegangen werden kann, dass sie die Information in der gesamten Europäischen Union verbreiten. Sie werden außerdem im Internet unter

**<http://www.bilfinger.com/hauptversammlung>**

zugänglich gemacht.

**2 Gegenanträge und Wahlvorschläge von Aktionären gemäß §§ 126 Abs. 1, 127  
AktG**

Aktionäre können gemäß § 126 Abs. 1 AktG bzw. § 127 AktG Gegenanträge gegen einen Beschlussvorschlag von Vorstand und Aufsichtsrat zu einem bestimmten Tagesordnungspunkt bzw. eigene Wahlvorschläge für die Wahlen übersenden.

Gegenanträge und Wahlvorschläge, die der Gesellschaft unter der **Adresse**

Bilfinger SE  
Corporate Office  
Carl-Reiß-Platz 1-5  
68165 Mannheim

oder per **Telefax** unter der Nummer +49 (0) 621 459-2221

oder per **E-Mail** unter der E-Mail-Adresse hv@bilfinger.com

mindestens 14 Tage vor der Hauptversammlung, d.h. spätestens am 30. April 2018 (24.00 Uhr MESZ), zugehen, werden einschließlich des Namens des Aktionärs und einer etwaigen Stellungnahme der Verwaltung im Internet unter

**<http://www.bilfinger.com/hauptversammlung>**

zugänglich gemacht, sofern die übrigen Voraussetzungen für eine Veröffentlichungspflicht erfüllt sind.

Gegenanträge müssen nicht zugänglich gemacht werden, wenn diese keine Begründung enthalten. Ferner entfällt gemäß § 126 Abs. 2 AktG eine Pflicht zur Zugänglichmachung von Gegenanträgen und deren Begründung,

- soweit sich der Vorstand durch das Zugänglichmachen strafbar machen würde (§ 126 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 AktG),
- wenn der Gegenantrag zu einem gesetz- oder satzungswidrigen Beschluss der Hauptversammlung führen würde (§ 126 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 AktG),
- wenn die Begründung in wesentlichen Punkten offensichtlich falsche oder irreführende Angaben oder wenn sie Beleidigungen enthält (§ 126 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 AktG),
- wenn ein auf denselben Sachverhalt gestützter Gegenantrag des Aktionärs bereits zu einer Hauptversammlung der Gesellschaft nach § 125 AktG zugänglich gemacht worden ist (§ 126 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4 AktG),
- wenn derselbe Gegenantrag des Aktionärs mit wesentlich gleicher Begründung in den letzten fünf Jahren bereits zu mindestens zwei Hauptversammlungen der Gesellschaft nach § 125 AktG zugänglich gemacht worden ist und in der Hauptversammlung weniger als der zwanzigste Teil des vertretenen Grundkapitals für ihn gestimmt hat (§ 126 Abs. 2 Satz 1 Nr. 5 AktG),
- wenn der Aktionär zu erkennen gibt, dass er an der Hauptversammlung nicht teilnehmen und sich nicht vertreten lassen wird (§ 126 Abs. 2 Satz 1 Nr. 6 AktG), oder
- wenn der Aktionär in den letzten zwei Jahren in zwei Hauptversammlungen einen von ihm mitgeteilten Gegenantrag nicht gestellt hat oder nicht hat stellen lassen (§ 126 Abs. 2 Satz 1 Nr. 7 AktG).

Die Begründung eines Gegenantrags muss nicht zugänglich gemacht werden, wenn sie insgesamt mehr als 5.000 Zeichen beträgt.

Vorstehende Ausführungen gelten für Wahlvorschläge entsprechend, wobei Wahlvorschläge nicht begründet werden müssen. Wahlvorschläge müssen außer in den Fällen des § 126 Abs. 2 AktG auch dann nicht zugänglich gemacht werden, wenn diese bei natürlichen Per-

sonen den Namen, den ausgeübten Beruf und den Wohnort, bei Gesellschaften die Firma und den Sitz des Vorgeschlagenen nicht enthalten (§ 124 Abs. 3 Satz 4 AktG).

Bitte beachten Sie, dass Gegenanträge und Wahlvorschläge i.S.d. §§ 126 Abs. 1, 127 AktG in der Hauptversammlung nur zur Abstimmung gestellt werden können, wenn sie auch im Rahmen der Hauptversammlung gestellt werden. Im Übrigen können zu Gegenständen der Tagesordnung im Rahmen der Hauptversammlung von Aktionären auch dann Anträge gestellt und Wahlvorschläge unterbreitet werden, wenn diese nicht bereits im Vorfeld der Hauptversammlung als Gegenantrag bzw. Wahlvorschlag i.S.d. §§ 126 Abs. 1, 127 AktG übermittelt wurden.

### **3 Auskunftsrecht der Aktionäre gemäß § 131 Abs. 1 AktG**

Gemäß § 131 Abs. 1 AktG kann jeder Aktionär und jeder Aktionärsvertreter in der Hauptversammlung vom Vorstand Auskunft über Angelegenheiten der Gesellschaft, die rechtlichen und geschäftlichen Beziehungen der Gesellschaft zu einem verbundenen Unternehmen sowie über die Lage des Konzerns und der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen verlangen, soweit die Auskunft zur sachgemäßen Beurteilung eines oder mehrerer Tagesordnungspunkte erforderlich ist.

Der Vorstand darf gemäß § 131 Abs. 3 AktG die Auskunft verweigern,

- soweit die Erteilung der Auskunft nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung geeignet ist, der Gesellschaft oder einem verbundenen Unternehmen einen nicht unerheblichen Nachteil zuzufügen (§ 131 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 AktG),
- soweit sie sich auf steuerliche Wertansätze oder die Höhe einzelner Steuern bezieht (§ 131 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 AktG),
- über den Unterschied zwischen dem Wert, mit dem Gegenstände in der Jahresbilanz angesetzt worden sind, und einem höheren Wert dieser Gegenstände, es sei denn, dass die Hauptversammlung den Jahresabschluss feststellt (§ 131 Abs. 3 Satz 1 Nr. 3 AktG),
- über die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, soweit die Angabe dieser Methoden im Anhang ausreicht, um ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft im Sinne des § 264 Abs. 2 HGB zu vermitteln; dies gilt nicht, wenn die Hauptversammlung den Jahresabschluss feststellt (§ 131 Abs. 3 Satz 1 Nr. 4 AktG),
- soweit sich der Vorstand durch die Erteilung der Auskunft strafbar machen würde (§ 131 Abs. 3 Satz 1 Nr. 5 AktG),
- soweit die Auskunft auf der Internetseite der Gesellschaft über mindestens sieben Tage vor Beginn und in der Hauptversammlung durchgängig zugänglich ist (§ 131 Abs. 3 Satz 1 Nr. 7 AktG).

Ist einem Aktionär wegen seiner Eigenschaft als Aktionär eine Auskunft außerhalb der Hauptversammlung gegeben worden, so ist sie gemäß § 131 Abs. 4 Satz 1 AktG jedem anderen Aktionär auf dessen Verlangen hin in der Hauptversammlung zu geben, auch wenn sie zur sachgemäßen Beurteilung des Gegenstands der Tagesordnung nicht erforderlich ist. Der Vorstand darf die Auskunft in diesen Fällen nicht nach § 131 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 bis 4 AktG verweigern.

Der Versammlungsleiter darf gemäß § 18 Abs. 3 Satz 2 der Satzung das Frage- und Rede-  
recht der Aktionäre zeitlich angemessen beschränken; er kann insbesondere den zeitlichen  
Rahmen des Versammlungsverlaufs, der Aussprache zu den einzelnen Tagesordnungs-  
punkten sowie des einzelnen Frage- oder Redebeitrags angemessen festsetzen.

Wird einem Aktionär eine Auskunft verweigert, so kann er gemäß § 131 Abs. 5 AktG verlan-  
gen, dass seine Frage und der Grund, aus dem die Auskunft verweigert worden ist, in die  
Niederschrift über die Verhandlung aufgenommen werden.

\* \* \* \* \*